

Wie gross war bei Ihnen der Grad der Überraschung? Der war enorm, besonders wegen der zuvor klaren Botschaft der Nationalbank, und weil keine Entwicklungen offensichtlich waren, die eine Neubeurteilung nahelegen würden.

Wo wird sich der Eurokurs nun etwa einpendeln? Das kann niemand sagen. Legt man irgendeine Art von Kaufkraftkonzept zugrunde, war der Franken schon bei 1.20 pro Euro überbewertet. Die Entwicklung vor 2011 und jetzt wieder zeigt aber, dass der Franken stark von «spekulativen» Kapitalströmen getrieben ist, die weit weniger mit der realwirtschaftlichen Situation zu tun haben als mit der Absicherung von Risiken der Finanzmärkte. Das hat die extrem unangenehme Nebenerscheinung, dass über lange Zeit ein für die realen wirtschaftlichen Entwicklungen völlig verzerrter Wechselkurs möglich ist.

Traditionellerweise ging man davon aus, dass die Kurse zwar jahrelang stark von den Kaufkraftparitäten abweichen können, aber für Perioden von vielleicht fünf oder mehr Jahren sich doch tendenziell in die Richtung der Kaufkraftparitäten bewegen. Stimmt das nicht mehr?

Die Tendenz stimmt in einer normalen Wirtschaftsentwicklung – für das, was vor 2007 gelaufen ist. Seit dem Ausbruch der Finanz- und Euro-Krise sind wir aber in einer völlig anderen Situation, mit der starken Tendenz von Akteuren insbesondere aus dem Euro-Raum, wenigstens einen Teil der Kapitalien in den Franken zu bringen. Die Euro-Krise ist in keiner Weise gelöst. Die jüngste Entwicklung in Griechenland zeigt, dass die Krise noch jahrelang andauern kann. So kann der Wechselkurs auch noch jahrelang vor allem durch Risikoabsicherungen bestimmt sein, statt durch normale realwirtschaftliche Entwicklungen wie Kaufkraftparitäten und Produktivität.

Sind solch starke Verzerrungen auch noch für die nächsten fünf oder zehn Jahre gut möglich?

Ja, solange keine nachhaltige Lösung der Probleme im Euro-Raum erreicht wird.

Mit welchen kurzfristigen und mittelfristigen Folgen muss die Schweizer Wirtschaft rechnen, wenn man annimmt, dass sich der Euro bei etwa einem Franken einpendeln wird?

Das führt zu einer starken Verschlechterung der Wirtschaftslage. Wenn der Euro sogar unter die Parität fällt und dort bleibt, würde mich auch eine Rezession nicht überraschen. Noch mehr Sorgen machen mir die strukturellen Auswirkungen. Wenn wir über Jahre so stark verzerrte Wechselkurse haben, erzwingt dies einen Strukturwandel, der aufgrund der normalen realwirtschaftlichen Entwicklungen eigentlich nicht

gerechtfertigt wäre. Dann würde möglicherweise viel mehr Wertschöpfung aus der Schweiz ausgelagert, als realwirtschaftlich gerechtfertigt wäre.

Wie stark würde dies die Beschäftigung drücken? Der Schweizer Arbeitsmarkt ist effizient. Solange wir ihn flexibel lassen, mache ich mir nicht Sorgen, dass die Arbeitslosigkeit permanent deutlich höher sein wird. Aber es bedeutet für gewisse Branchen massive und rasche Anpassungen. Es wird einen starken und für die Betroffenen höchst unangenehmen Wandel in der Beschäftigung geben.

Würde dann die Einwanderung deutlich zurückgehen?

Bei einer Verschlechterung der Wirtschaftslage ist mit einem gewissen Rückgang der Einwanderung zu rechnen. Ob das positiv wäre, ist eine andere Frage. Beim letzten Wirtschaftseinbruch war die Einwanderung eine wichtige Konjunkturstütze, namentlich für den Konsum und Bau.

Diesen Mittwoch diskutiert der Bundesrat über die Folgen der Frankenstärke. Was kann die Politik tun? Es gibt keine einzige wirtschaftspolitische Massnahme, die auch nur annähernd die gleiche kurzfristige Wirkung hat wie eine Wechselkursintervention der Nationalbank. Gegen extreme Ausschläge kann nur die Nationalbank etwas machen – und dann würde sie wohl auch in Zukunft aktiv werden. Die Wirtschaftspolitik sollte sich auf die mittel- bis längerfristige Wachstums- politik konzentrieren, denn letztlich kann man diesen Kostenschub nur mit einer Produktivitäts- und Effizienzverbesserung konttern. Bei Versuchen für kurzfristige Massnahmen ist die Gefahr gross, dass man mit einem enormen politischen Aufwand Pflasterlippolitik betreibt, die nichts bringt und sogar eher schadet.

Auch die Diskussion über ein allfälliges Konjunkturprogramm dürfte wieder aufkommen. Wie sehen Sie das?

Konjunkturprogramme sind höchstens in einer schweren Rezession sinnvoll. Davon sind wir weit entfernt. Die Diskussion darüber ist somit stark verfrüht. Zudem ist die internationale Lage anders als vor 2011. Die USA haben eine Trendwende geschafft, und der Dollar ist wieder deutlich attraktiver. Im Euro-Raum hat man mindestens erste Anzeichen einer konjunktuellen Besserung. Und der Fall des Erdölpreises ist eine Art Kostensenkungsprogramm mit einer Wirkung, die man mit kurzfristigen Politikmassnahmen nicht erreichen könnte.

Sie haben nun gesagt, was die Politik nicht machen sollte. Doch was soll sie denn tun?

Wachstumspolitik ist das langweilige Bohren sehr di-

cker Bretter. Es geht nicht um Massnahmen, die man aus der Schublade zieht und die schon nächstes Jahr einen grossen Effekt haben. Aber die langfristige Entwicklung hängt wirtschaftspolitisch fast ausschliesslich von der Wachstumspolitik – also von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – ab, auch wenn die Konjunkturpolitik kurzfristig politisch viel attraktiver wäre. In der Wachstumspolitik ist für mich im Moment die Frage Nummer 1, wie es weitergeht mit den bilateralen Verträgen Schweiz-EU. Der Erhalt der Bilateralen bei der Umsetzung der Einwanderungsinitiative sollte jetzt eine noch grössere Priorität bekommen. Ein Weg-

fall der Bilateralen wäre verheerend, wenn dies noch zu den Wechselkursproblemen hinzukäme. Sehr wichtig ist auch der Erhalt der Flexibilität des Arbeitsmarkts. Auch die Unternehmenssteuerreform III erachte ich als wichtig, weil sie den Unternehmen direkt etwas bringen kann. Ich wäre dort nicht so nervös, wenn die Reform kurzfristig gewisse Steuerausfälle brächte. Dann gibt es noch das immer wieder genannte Thema der administrativen Entlastung. Letzteres betrifft eine Vielzahl von Massnahmen; keine einzelne wird die grosse Wirkung bringen, aber es ist wichtig, dass man dort aktiv bleibt.

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung», 21. Januar 2015

- a) Welche Faktoren hatten nach der Finanzkrise einen Einfluss auf den Wechselkurs des Euro?

- b) Warum kann seit 2008 nicht mehr mit einer normalen Wechselkursentwicklung beim Schweizer Franken gerechnet werden?

- c) Mit welchen Folgen müsste die Schweizer Wirtschaft rechnen, wenn sich der Wechselkurs des Schweizer Frankens zum Euro bei einer Parität einpendeln würde?

- d) Welche wirtschaftspolitischen Massnahmen sieht Aymo Brunetti in dieser veränderten Lage?

- e) Wie hat sich die Schweizer Wirtschaft seit dem 15.1.2015 entwickelt? Sind die Voraussagen von Aymo Brunetti eingetroffen? Was sind Ihrer Meinung nach die wirtschaftspolitischen Massnahmen, die in der Schweiz umgesetzt werden sollten?
Diskutierten Sie diese Frage und Ihre Antworten in Ihrer Klasse.

19 Beschreibungen zuordnen

Ordnen Sie den aufgeführten Beschreibungen den jeweiligen Fachbegriff durch Eintrag der passenden Ziffer zu.

Ziffer	Beschreibung
_____	Preis für die Währung eines Landes, ausgedrückt in einer anderen Währung.
_____	Erfasst die laufenden Transaktionen mit dem Ausland aus Handel, Dienstleistungen, Arbeits- und Kapitaleinkommen.
_____	Wunsch, einen empfundenen Mangel zu beseitigen oder zu mildern.
_____	Welthandelsorganisation mit Sitz in Genf.
_____	Reaktion einer wirtschaftlichen Grösse auf eine Veränderung einer anderen Grösse.
_____	Weg eines Produkts vom Rohstoff bis zum Verbraucher. Jede Verarbeitungsstufe ist ein Glied in der Produktionskette.
_____	Erwirtschaften von Vorteilen für eine bestimmte Gruppe durch staatliche Regulierungen.
_____	Steuer, bei der die ökonomisch leistungsfähigeren Wirtschaftssubjekte prozentual stärker besteuert werden.
_____	Bargeldumlauf + Buchgeld + Spargelder + Termineinlagen.
_____	Einfuhr von im Ausland produzierten Gütern und Dienstleistungen.
_____	Auf und Ab der Wirtschaft in einem kurzfristigen Zeitraum.
_____	Handelshemmnisse, die den internationalen Handel erschweren und keine Zölle sind.
_____	Anstieg des generellen Preisniveaus über längere Zeit.
_____	Guthaben, die von Bankkunden in kurzer Zeit in Bargeld umgewandelt werden können.
_____	Ausdehnung der Geldmenge durch die SNB, begleitet durch ein sinkendes Zinsniveau.
_____	Aufstellung der erwarteten Einnahmen und Ausgaben des Bundes.

Fachbegriffe:

1 Bundesbudget

10 Direkte Steuer

2 Nichttarifäre Handelshemmnisse

11 Konjunktur

3 Inflation

12 Elastizität

4 WTO

13 Leistungsbilanz

5 Sichtguthaben

14 Wertschöpfungskette

6 Import

15 Rent-Seeking

7 Wachstum

16 M3

8 Expansive Geldpolitik

17 Progressive Steuer

9 Bedürfnis

18 Wechselkurs

B Begriffe

Ordnen Sie den folgenden Begriffen die zutreffende Beschreibung zu:

Buchstabe	Begriff
	Arbeitsteilung
	Autarkie
	EFTA
	Globalisierung
	Handelsschaffung
	Kapitalverkehrsbilanz
	Komparativer Vorteil
	Meistbegünstigung
	Protektionismus
	Spezialisierung
	Währungsunion
	Zahlungsbilanz
	Zoll

- A Binnenmarkt mit einer einzigen, gemeinsamen Währung.
- B Tiefe Opportunitätskosten bei der Produktion eines Gutes gegenüber einem Handelspartner.
- C Erfassung sämtlicher Geldströme mit dem Ausland.
- D Handelspolitik, mit der die inländischen Produzenten vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden sollen.
- E Konzentration auf relativ wenige Produktionsstufen innerhalb der Wertschöpfungskette.
- F Der Abbau von Handelshemmnissen gegenüber einem WTO-Land gilt auch für alle anderen WTO-Länder.
- G Ein Land betreibt keinen internationalen Handel und ist ausschliesslich Selbstversorger.
- H Erfasst die Vermögenstransaktionen mit dem Ausland über Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen und sonstige Kredite.
- I Zunehmende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verflechtung und Vernetzung der Welt.
- J Steuer auf den Import von Gütern und Dienstleistungen.
- K Aufteilung des Produktionsprozesses in einzelne Arbeitsschritte, die von unterschiedlichen Personen oder Unternehmen ausgeführt werden.
- L Erhöhung der Menge an gehandelten Gütern und Dienstleistungen durch wirtschaftliche Integration.
- M Europäische Freihandelszone.

K Kompetenzen vertiefen

Freihandelsabkommen Schweiz–China (Rollenspiel)

Nach über zwei Jahren Verhandlungen haben sich die Schweiz und China im Mai 2013 auf ein neues Freihandelsabkommen geeinigt. Dieses Abkommen hat in der Schweiz politische Diskussionen ausgelöst. Die folgenden Zeitungsartikel dokumentieren diese unterschiedlichen Standpunkte.

Die zehn wichtigsten Fragen und Antworten zum Deal mit China

Der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang weilt heute in Bern, wo er sich mit drei Bundesräten trifft. Im Zentrum: Das Freihandelsabkommen. Um was geht es eigentlich, wer profitiert, wer nicht? Die Antworten.

1. Was ist ein Freihandelsabkommen?

Mit einem Freihandelsabkommen vereinbaren zwei Staaten, in welchen Bereichen sie auf Importen aus dem Partnerstaat keine oder tiefere Zölle erheben. Die Abkommen stützen sich auf die Wirtschaftstheorie des freien Handels: Diese besagt, dass zwei Länder sich wirtschaftlich besser entwickeln, wenn die Zölle möglichst tief sind und sich jede Volkswirtschaft auf ihre Stärken konzentriert. Die Schweiz ist mit den Ländern der EU und 35 weiteren Ländern über ein Freihandelsabkommen verbunden. Mit den USA besteht kein Abkommen. Entsprechende Verhandlungen scheiterten im Jahr 2006. Dies vor allem wegen des Widerstands der Bauern. Sie fürchteten sich vor Billigimporten von Landwirtschaftsprodukten.

2. Weshalb handelt die Schweiz ausgerechnet mit dem kommunistischen China ein solches Abkommen aus?

China hat Ende der 1970er-Jahre sein planwirtschaftliches System reformiert und damit begonnen, sogenannte Sonderwirtschaftszonen mit kapitalistischem Charakter einzuführen. Mit der Ausdehnung dieser Zonen aufs gesamte Festland ist China inzwischen neben den USA und Japan zu einer der drei grössten Volkswirtschaften und Handelsnationen der Welt geworden. Das hat dazu geführt, dass eine kaufkräftige Mittelschicht entstanden ist und es gewiefte Unternehmer zu Millionenvermögen gebracht haben. Für die Schweiz als Ex-

portnation ist somit das Reich der Mitte mit 1,3 Milliarden potenziellen Konsumenten zu einem gewichtigen Handelspartner geworden. Das zeigen auch die provisorischen Zahlen aus dem Jahr 2012: Die Schweiz exportierte Güter im Wert von 7,4 Milliarden Franken nach China. Gleichzeitig importierte die Eidgenossenschaft chinesische Güter im Wert von 10,2 Milliarden Franken.

3. Wann wird der Inhalt des Abkommens bekannt?

Mitte Mai gab Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann bekannt, dass sich die Schweiz und China geeinigt haben. Es ist davon auszugehen, dass die Verhandlungsparteien heute den Inhalt des Abkommens noch nicht bekannt geben werden. Das Abkommen – ein dickes Buch – wird derzeit juristisch ausformuliert und auf Chinesisch übersetzt. Erst wenn die beiden Regierungen den Text abgesegnet haben, wird er veröffentlicht. In ein paar Wochen sollte es so weit sein.

4. Welche Vorteile erhofft sich Bundesrat Johann Schneider-Ammann von diesem Abkommen?

Der Volkswirtschaftsminister ist überzeugt, dass das Abkommen der Schweizer Exportwirtschaft neuen Schub verleiht. Vor allem der Uhren-, der Pharma- und der Maschinenindustrie. Schneider-Ammann erhofft sich in der Folge neue Stellen in diesen Branchen.

5. Inwiefern profitiert die Schweizer Uhrenindustrie?

Für die exportorientierte Schweizer Uhrenindustrie ist das chinesische Festland nach Hongkong und den USA der dritt wichtigste Absatz-

markt. Im Jahr 2012 exportierte die Branche Produkte im Wert von 1,6 Milliarden Franken nach China. Es gibt aber einen Wermutstropfen: Für Luxusgüter, die auf das Festland importiert werden, erhebt das Reich der Mitte eine Sondersteuer von 20 Prozent. Mit dem Freihandelsabkommen kann die Uhrenindustrie hoffen, dass die Luxussteuer abgeschafft oder zumindest verringert wird. Weiter kann die Uhrenindustrie damit rechnen, dass beide Länder im Abkommen einen besseren Schutz des geistigen Eigentums vereinbarten. Gerade die zunehmend hohe Qualität der Uhrenfälschungen aus China bereitet dem Wirtschaftszweig Kopfzerbrechen. Fälschungen verursachen der Branche einen jährlichen Verlust von schätzungsweise 800 Millionen Franken.

6. Was befürchten die Schweizer Bauern?

Grundsätzlich steht der Schweizerische Bauernverband dem Abkommen positiv gegenüber. Doch mit einem abschliessenden Urteil hält sich der Verband zurück, bis die Details bekannt sind. Ob landwirtschaftliche Produkte aus China den Schweizer Bauern das Leben schwermachen werden, ist daher offen. 2012 jedenfalls bewegten sich die Importe chinesischer Produkte auf tiefem Niveau: Den Hauptanteil machten getrocknete Pilze und Trüffel aus (mit einem Volumen von fast 5 Millionen Franken); dahinter folgten Tomatenpüree (4,2 Millionen Franken) und haltbar gemachte Champignons (3,4 Millionen Franken). Generell gilt China als stark im Haltbarmachen von Gemüsen und Früchten. Nicht bekannt ist, über welche Produkte die Schweiz und China verhandelten. Gerüchteweise soll es unter anderem um Äpfel und Poulet gegangen sein.

7. Was erhoffen sich die Bauern?

Die Schweizer Bauern erhoffen sich neue Absatzmärkte in China. Interessant dürfte dabei in erster Linie das Premiumsegment sein. Gepunktet werden soll mit der Swissness. Agrarische Rohstoffe aus der Schweiz dürften kaum vermehrt nach China gelangen. Interessant ist aber, dass 2012 immerhin eine Million Liter Milch nach China exportiert wurde. Den grössten Brocken machte 2012 die Kindernahrung aus – deren Exportvolumen betrug 12,5 Millionen Franken. Auch beim Export von Joghurts ist die Schweiz stark. Wegen der grossen Distanz dürften die Exportvolumen jedoch nur langsam wachsen.

8. Was bringt das Abkommen den Konsumenten?

Eine mögliche Folge des Abkommens könnte sein, dass gewisse Landwirtschaftsprodukte für den Konsumenten billiger werden. Es ist aber zu vermuten, dass die chinesischen Importe nicht primär Schweizer Produkte konkurrieren werden, sondern bisherige Importprodukte ersetzen – beispielsweise aus Osteuropa. Die Skepsis der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten gegenüber chinesischen Importen ist allerdings gross: Zuweilen wird es nicht goutiert, wenn Migros oder Coop Knoblauch und Dörrbohnen aus China in den Regalen anbieten. Bei Industrieprodukten wie Elektronikgeräten und Spielzeugen sind die Schweizer Importzölle dagegen bereits heute sehr tief, sodass in diesem Bereich keine grösseren Preissenkungen zu erwarten sind.

9. Was sind die Streitpunkte des Abkommens?

Nichtregierungsorganisationen wie die Erklärung von Bern (EvB) befürchten, dass das Freihandelsabkommen Aspekte wie Menschenrechte, Arbeitsrechte und Umweltfragen ausklammert. Die EvB fordert deshalb, dass im Vertrag «die Menschen- und die Arbeitsrechte verankert werden sowie ein Kontroll- und Sanktionsmechanismus für Verstöße etabliert wird. Sonst läuft die Schweiz Gefahr, Produkte zu bevorzugen, die unter massiven Menschenrechtsverletzungen hergestellt wurden.» Bundesrat Johann Schneider-Ammann versicherte, dass für die Erwähnung der Menschenrechte in der Präambel des Abkommens eine Formulierung vorgeschen ist. Zudem sei ein Kapitel den Umweltrechten gewidmet, und zu Arbeiterrechten und sozialen Aspekten gebe es ein Parallelabkommen.

10. Wie reagiert die EU auf die Tatsache, dass die Schweiz vor der Union ein Freihandelsabkommen mit China abschliessen wird?

Island und die Schweiz sind die einzigen Länder Europas, die ein Freihandelsabkommen mit China vorweisen können. Das bringt die EU als europäische Wirtschaftsmacht unter Zugzwang. EU-Diplomaten halten gemäss einem internen Papier, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt, ein Abkommen unter gewissen Bedingungen für möglich. Allerdings herrscht Uneinigkeit unter den Mitgliedsstaaten. Frankreich und Italien sind gegen ein Freihandelsabkommen. Deutschland plädiert dafür, zunächst eine Partnerschaftsvereinbarung mit China zu treffen. Die deutsche Wirtschaft wiederum unterstützt ein Abkommen mit China.

Quelle: «Tages-Anzeiger», 24. Mai 2013

Ein kaum wiederholbarer Erfolg

Das Freihandelsabkommen (FHA) mit China, das am 1. Juli in Kraft getreten ist, bringt die Schweiz in eine Position, um die man sie in der westlichen Welt beneiden dürfte. Weder die EU noch die USA geniessen im Handel mit der Volksrepublik vergleichbare Privilegien. Die Vereinbarung führt nicht nur zu geringeren Zollabgaben – Switzerland Global Enterprise (Osec) rechnet bis 2028 mit Einsparungen von bis zu 5,6 Mrd. Fr. –, sondern schafft auch neue Geschäftsbedingungen. Sie bietet den in China tätigen Schweizer Firmen mehr Rechtsicherheit und erlaubt so einen höheren Grad an Planbarkeit. Beim Schutz des geistigen Eigentums, einem für die hiesige Pharmabranche besonders wichtigen Punkt, enthält das FHA Bestimmungen, die über die WTO-Richtlinie, die «handelsbezogenen Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum» (Trips), hinausgehen. Zudem werden Ursprungsregeln grosszügig interpretiert. Und schliesslich ist im Abkommen eine Evolutionsklausel eingebaut worden, die es ermöglicht, bei wichtigen Themen Nachbesserungen vorzunehmen.

Das FHA stellt zweifellos einen Erfolg dar; dennoch besteht wenig Grund zur Euphorie. Ernüchternd ist beispielsweise, dass nur gerade 20 % der Exporte sofort von den Zöllen befreit werden. Für gewichtige Güter wie Uhren, Nahrungsmittel, Pharma- und Chemieprodukte gelten dagegen Übergangsfristen von fünf, zehn oder gar zwölf Jahren. China hat zwar einen immensen und dynamischen Markt, ist aber offensichtlich nicht bereit, den Schutz der eigenen Industrie schnell aufzugeben.

Und dann ist da auch noch die ernüchternde Erkenntnis, dass das FHA mit China kaum als Modell für Abkommen mit anderen grossen Ländern dienen dürfte, wenn die hiesige Landwirtschaft sich weiterhin querstellt. Die Verhandlungen mit Peking, so weiss man, wären wegen der Agrarfrage fast gescheitert. Soll der Erfolg, den man mit China erzielt hat, zum Beispiel mit den USA oder Brasilien wiederholt werden, muss sich in der Schweizer Landwirtschaft einiges bewegen.

Quelle: «Neue Zürcher Zeitung», 1. Juli 2014



China und die Schweiz unterzeichnen den Freihandelsvertrag.

Schweiz**Fläche/Bevölkerung**

Fläche 41 290 km²
8 Mio. Einwohner

China

Fläche 9 561 600 km²
1354 Mio. Einwohner

Bruttoinlandprodukt

gesamt	CHF 548,4 Mrd.	CHF 7486,6 Mrd.
pro Kopf	CHF 71 920	CHF 5529

Exporte ins andere Land**Schweiz-China**

CHF 7,4 Mrd.

China-Schweiz

CHF 10,2 Mrd.

Exporte nach Produkten

(in CHF)

60,7 Mio.	Landwirtschaft, Fischerei	158,4 Mio.
9 Mio.	Energieträger	1,3 Mio.
167,2 Mio.	Textilien, Bekleidung, Schuhe	1920,3 Mio.
35,4 Mio.	Papierwaren, grafische Erzeugnisse	64,2 Mio.
129,4 Mio.	Leder, Kautschuk, Kunststoffe	477 Mio.
1788 Mio.	chemisch-pharmazeutische Industrie	829,6 Mio.
41,5 Mio.	Steine und Erden	131,1 Mio.
354,2 Mio.	Metalle	559,7 Mio.
2212,2 Mio.	Maschinen, Apparate, Elektronik	4150,4 Mio.
68,6 Mio.	Fahrzeuge	108,9 Mio.
2521,2 Mio.	Präzisionsinstrumente, Uhren, Bijouterie	1064,3 Mio.
34,2 Mio.	Diverses (Möbel, Spielzeug, Sportgeräte)	799,1 Mio.

Quelle: Eidgenössische Zollverwaltung, 2013

Arbeitsaufträge (Rollenspiel mit Diskussion):

- Das Rollenspiel führt mit den unterschiedlichen Interessengruppen eine Diskussion auf Einladung des Bundesrats durch. Folgende Rollen werden in der Klasse verteilt:
 - Bundesrat
 - Schweizer Exportwirtschaft
 - Schweizer Bauernverband
 - Konsumentinnen und Konsumenten
 - Nichtregierungsorganisationen.
- Bilden Sie für jede Rolle eine Arbeitsgruppe. Recherchieren Sie Ihre Position zum Freihandelsabkommen mit China durch eine vertiefte Internetrecherche. Dokumentieren Sie die Position genau. Wählen Sie eine Vertreterin oder einen Vertreter Ihrer Gruppe, die/der an der Diskussion teilnimmt.
- Das Rollenspiel wird unter der Leitung des Bundesrats durchgeführt. Thema: «Sind Sie für oder gegen das vom Bundesrat ausgehandelte Freihandelsabkommen mit China?» Jede Gruppe stellt zuerst die eigene Position zum Freihandelsabkommen Schweiz-China vor. Anschliessend beginnt die Diskussion. Abschliessend wird eine unverbindliche Abstimmung (Pro oder Contra) über das Freihandelsabkommen durchgeführt.